



Grafik: fotolia/Michel [M]

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 29. August 2013

68. Jahrgang/Nr. 201 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

## Stellungen sind bezogen

Von Uwe Kalbe

Zurückhaltend klingen die Kommentare deutscher Politiker, nachdenklich beinahe. Die Frage nach den Folgen für Syrien, für den Nahen Osten wird gestellt, auf Risiken verwiesen. Wenigstens die Untersuchungen der UNO-Spezialisten, die dem Verbrechen an der Zivilbevölkerung nachgehen sollen, seien abzuwarten, lautet der Rat, nicht zuletzt von Politikern der Regierungskoalition.

Wer sieht, wie die bekannten Rituale in den NATO-Hauptstädten jetzt ihren Lauf nehmen, wie Waffen und Worte geschärft werden, ahnt, dass Warnungen nichts fruchten werden. Der ahnt, wie alles endet. Und beinahe könnte er auf die Idee kommen, einen feinen Unterschied in deutschen Kommentaren zu erkennen gegenüber dem grobschlächtigen Drohen etwa in London oder Washington.

Diesen feinen Unterschied gibt es auch. Er trägt ein Datum: 22. September. Selbst wenn nicht alles vom Wahlkampf bestimmt wird, gefärbt wird es davon schon. Bei einer Zweidrittelmehrheit in der Bevölkerung, die einen Militäreinsatz auch im Falle Syriens ablehnt, bleiben Befürwortungen in jedem Politikerhals stecken. Doch man möge genau zuhören. Den Krieg aus prinzipiellen Gründen, nicht nur wegen fehlender Mandate oder Erfolgsaussichten, lehnt außer der LINKEN niemand ab. Und schon gar nicht wird über Kriegsschiffe geredet, die auf dem Weg ins Mittelmeer sind oder bereits dort kreuzen. Oder die Patriot-Raketenstaffeln, mit denen Deutschland längst seine Stellungen gegen Syrien bezogen hat.

## Angetreten zur Strafaktion

Der Westen scheint zum Schlag gegen Syrien auch ohne UN-Mandat bereit



Von Uwe Kalbe

Die Unbestimmtheit der Informationen ist das vielleicht augenfälligste Indiz für einen nahenden Militäreinsatz gegen Syrien. Die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst ... Es seien »Anzeichen« eines Chemiewaffeneinsatzes gefunden, wurde am Mittwoch UN-Sondergesandter Lakhdar Brahimi zitiert. Die USA erklärten, jederzeit zum Schlag bereit zu sein. Ein Einsatz der Bundeswehr sei wenig wahrscheinlich, erklärten in Interviews Politiker aus Union und FDP.

Es sei nicht vor dem heutigen Donnerstag mit einem Militärschlag zu rechnen, verlautete in Washington. Präsident Barack Obama wolle auf die Entscheidung des britischen Unterhauses in London warten, dessen Mitglieder aus dem Urlaub zurückgerufen worden sind. Auf das französische Parlament scheint Obama nicht warten zu wollen – dieses soll erst am 4. September zusammentreten.

Den Grund für einen offenbar punktuell geplanten Schlag westlicher Staaten gegen Syrien liefert die Behauptung, das Regime von Baschar al-Assad habe vorige Woche nahe Damaskus Chemiewaffen gegen Zivilisten eingesetzt, mit hunderten Todesopfern als Folge. Barack Obama und David Cameron hätten »keinen Zweifel« mehr an dieser Version der Ereignisse, teilten Washington und London nach einem Telefonat des US-Präsidenten mit dem britischen Premierminister mit. Kein Zweifel heißt gleichwohl: Überzeugung statt Information. Russland bezweifelte die Stichhaltigkeit der Ergebnisse und forderte einen Infor-

mationsaustausch. Die Recherchen in Syrien scheinen jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen. Am Mittwochnachmittag wurde bekannt, dass die UN-Inspektoren ihre Untersuchung nicht wie angekündigt am heutigen Donnerstag, sondern wohl erst am Wochenende abschließen werden. Die Experten brauchten noch vier weitere Tage, sagte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in Den Haag. Zuvor hatte sich Ban gegen einen Militärschlag ausgesprochen und für eine diplomatische Lösung geworben.

Die Zustimmung des Londoner Unterhauses für einen Einsatz dürfte Formsache sein. Cameron kündigte über den Informationsdienst Twitter einen Vorstoß im UNO-Sicherheitsrat an. Er habe eine Resolution vorbereitet, die er den Mitgliedern noch am Mittwoch unterbreiten wollte – also neben den USA, Großbritannien und Frankreich auch China und Russland, die ein militärisches Vorgehen strikt ablehnen. Sie hätten nun Gelegenheit, »Verantwortung gegenüber Syrien zu übernehmen«, teilte die Downing Street mit. Während die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) »entschiedenes Handeln« gegen die syrische Regierung forderte, hat inzwischen Iran als Verbündeter der syrischen Regierung eine drohende Haltung eingenommen. Parlamentspräsident Ali Laridshani warnte vor Konsequenzen, die Israel im Falle eines Angriffs auf Syrien entstehen könnten.

Ein UNO-Mandat für einen Militärschlag gegen Syrien ist angesichts der Haltung Moskaus und Pekings nicht zu erwarten. Gleichwohl wird dies zu einem Kern der Debatten in Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel gab am Mittwoch den Ton vor und forderte Russland und China auf, der britischen Initiative im Sicherheitsrat keine Steine in den Weg zu legen. Außenminister Guido Westerwelle

**»Deutschland wird zu denen gehören, die Konsequenzen für richtig halten.«**  
Guido Westerwelle

(FDP) wünschte sich eine »geschlossene Haltung« des Gremiums. Vor der Botschafterkonferenz im auswärtigen Amt hatte er zuvor erklärt, Deutschland werde am Ende »zu denjenigen gehören, die Konsequenzen für richtig halten«. Die »Frankfurter Allgemeine« zitierte ihn mit den Worten: »Hierzu stehen wir in enger Abstimmung mit den Vereinten Nationen und unseren Verbündeten.«

Ein Eingreifen auch ohne UNO-Mandat hielt Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) für akzeptabel. Der Chemiewaffenangriff auf Zivilisten rechtfertige eine Strafaktion. Ähnlich argumentierte Ruprecht Polenz (CDU), Vorsitzender des Ausschusses im Bundestag. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier empfahl dagegen dringend, den G 20-Gipfel nächste Woche im russischen Petersburg abzuwarten. Wie die Kanzlerin denkt, deutete Regierungssprecher Steffen Seibert an: Ein Vorfall wie der Giftgaseinsatz müsse »geahndet« werden. *Seiten 2, 3 und 4*  
Foto: AFP/Brittany Y. Auld

Niklas Frank erzählt im Buch »Bruder Norman!« über seinen Vater, den Kriegsverbrecher



Foto: Fieguth

## BKA warnt vor »Gewaltwelle« im Wahlkampf

Behörde spricht von einem »Gefährdungsdreieck«

Berlin/Düsseldorf (nd). Bisher ist der Bundestagswahlkampf eher ruhig verlaufen – doch angesichts der jüngsten Attacke gegen Bernd Lucke, den Vorsitzenden der konservativen Anti-Euro-Partei »Alternative für Deutschland« (AfD), erneuert das Bundeskriminalamt seine Warnung vor einer »Gewaltwelle« im Wahlkampf.

Bereits im März hatte das Staatsschutzressort der Behörde in einem kurzen Papier vor Gewalt in der heißen Wahlkampfphase ab August gewarnt – mit dem Blick auf die Kampagne 2009, die nach Begriffen des BKA offenbar von einer Gewaltorgie begleitet gewesen war. Im seinerzeit so genannten »Superwahljahr« hätten sich auffallend viele »politisch motivierte Straftaten« zugetragen – darunter 25 Fälle von Körperverletzung und zwei Brandanschläge. Nach BKA-Zurechnung wurden die politisch motivierten Taten zu 35 Prozent von »Linksextremisten«, zu 22 Prozent von Neonazis begangen. Der Rest verteilte sich auf »ausländische Radikale« oder sei nicht zuzuordnen. Für das BKA ist dies Anlass, erneut vor einem »Gefährdungsdreieck« zu warnen: Zwischen rechts- und linksradikalen Gruppen sowie Islamisten könne sich Gewaltbereitschaft aufschaukeln.

Das bereits vor Monaten erstellte Lagebild des BKA für 2013 fürchtet laut »Spiegel online« besonders Konfrontationen zwischen der rassistischen Gruppierung »Pro Deutschland« und radikalen »Salafisten«, wie sie bereits 2012 im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf vorgekommen waren.

Von der rechten Szene erwartet das BKA einen »aggressiven Wahlkampf«, der stark auf unmittelbare, persönliche Provokation setze – wie sie »Pro Deutschland« jüngst in Berlin versucht hat. Auf der »islamistischen« Gegenseite könnten womöglich fanatisierte Einzeltäter zu Vergeltungsaktionen hinreißen lassen. »Linksextremisten« suchten vor allem die Konfrontation mit den Rechtsradikalen.

KURZ

### Japan hebt Gefahrenstufe an

Tokio (dpa). Japan hat nach einem radioaktivem Leck in der Atomruine Fukushima die Gefahrenstufe deutlich angehoben. Wie japanische Nachrichtenagenturen am Mittwoch meldeten, stufte die Atomaufsicht das Leck auf Stufe 3 der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse ein. Dies bedeutet, dass das Leck ein »ernster Zwischenfall« ist. Bislang war das Leck mit der Stufe 1 (»Anomalität«) bewertet worden. *Seiten 4 und 7*

### 60 Tote bei Anschlägen

Bagdad (dpa). Bei einer Serie von Sprengstoffanschlägen in Bagdad sind 60 Menschen ums Leben gekommen. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen detonierten am Mittwoch Autobomben in mehreren Stadtteilen sowie in zwei südlichen Vororten der irakischen Hauptstadt. Die Polizei sprach von etwa 150 Verletzten. Bis auf eine Bombe, die ein Selbstmordattentäter in einem Restaurant in dem Vorort Al-Mahmudija zündete, wurden alle anderen Bomben mit Fernzündern oder Zeitzündern ausgelöst.

### Alle Falaschen in Israel

Tel Aviv (dpa). 65 Jahre nach der Staatsgründung hat Israel die Masseneinwanderung schwarzer Juden aus Äthiopien abgeschlossen. Die letzten 450 Falaschen kamen am Mittwoch mit zwei Flügen ins Heilige Land, wie die Jewish Agency mitteilte. Der Vorsitzende der für Immigration zuständigen Jewish Agency, Nathan Scharanski, sprach von einem »bewegenden historischen Moment«. Er begleitete die Einwanderer auf dem Flug.

Unten links

Bisher läuft es im Wahlkampf nicht übermäßig gut für die SPD. Doch die Sozialdemokraten haben noch eine Chance – sie müssen nur Wolfgang Thierse überzeugen, noch ein paar Wochen ganz vorn in der Politik mitzuspielen. Nein, nicht wegen der berühmten Schwaben-Freundlichkeit des kurz vor der Politrente stehenden Bundestagsvize. Sondern wegen Wolfgang Wollers. Thierse ist seit Rudolf Scharpings Rückkehr zur Nassrasur und Matthias »Dreitagebart« Platzacks Rückzug der letzte Sozialdemokrat mit echtem Bartformat. (Sorry, lieber Kurt Beck.) Und das ist, was beim Wähler zählt – sagt jedenfalls eine Umfrage: Parteivertreter mit Vollbart gelten als bürgernäher, wenig korrupt, nicht so machtgerig und vertrauenswürdig. Nur in Sachen Kompetenz liegen befaumte Politiker hinter ihren glatt rasierten Kollegen. Aber darum geht es bei einer Wahl ohnehin nur am Rande. Womit dann also klar wäre: Nur ein bärtiger SPD-Spitzenkandidat kann Merkel noch besiegen. Thierse oder keiner. *tos*

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise  
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940

